



Hans-Peter Bartels

Demokratie lernt sich nicht von selbst

Für ein Institut für die Didaktik der Demokratie

Hans-Peter Bartels

Das gängige Vorurteil lautet: Die Bürger interessieren sich durchaus für „Politik“, sie mögen nur „Politiker“ nicht. Wie wäre es mit der Gegenthese: Die meisten Deutschen mögen ihre „Politiker“, also die von ihnen selbst demokratisch ausgewählten Repräsentanten. Aber sie mögen „die Politik“ nicht. Pluralistischer Meinungskampf („Parteiengezänk“) und parlamentarische Konsenssuche („faule Kompromisse“) sind vielen Bundesbürgern irgendwie unangenehm.

Nach neueren Umfragen sind über 60 Prozent der Bundesbürger „zufrieden“ oder „sehr zufrieden“ mit der Arbeit von Bundeskanzlerin Angela Merkel, annähernd so viele sind zufrieden mit Außenminister Steinmeier, über 80 Prozent sogar mit dem obersten deutschen Politiker, Bundespräsident Horst Köhler. Die wichtigsten Bundesminister kommen auf Werte zwischen 40 und 60 Prozent (Schäuble, Seehofer, Steinbrück, Müntefering, Gabriel, Jung). Das ist für jeden einzelnen eigentlich ganz gut, beinahe schmeichelhaft. Wenn allerdings die Zufriedenheit mit der Arbeit der Bundesregierung im Ganzen abgefragt wird, gibt es Prügel: eine satte Mehrheit ist weniger oder gar nicht zufrieden. Minister gut, Regierung schlecht – seltsam.

Den Abgeordneten geht es ähnlich. Im Wahlkreis kennt jeder gern „seinen“ speziellen Volksvertreter und nimmt ihn üblicherweise von Pauschalkritik aus. Wenn es aber allgemein wird, in Versammlungen, in Leserbriefen und auch in den Kommentarspalten mancher Zeitungen, dann bekommen die Gewählten gern alle Klischees der hiezulande so lange schon eingeübten Politikverdrossenheit um die Ohren geschlagen, nach immer dem selben Muster: hier „der Wähler“, „der Bürger“, „das Volk“ mit seinem klaren einheitlichen Volkswillen – dort die unverständige, dummdreiste „Politik“, mediokre, sich selbst bereichernde „Politiker“, machtgierige „Parteien“!

Jenseits der dröhnenden Kollektivsingulare ist unser Volk tatsächlich aber bunt und sehr verschieden, und diesem Pluralismus folgt die Organisation unserer parlamentarischen Demokratie. Auch gegenüber „der Demokratie“ jedoch gibt es erhebliche Vorbehalte: Im November 2006 beunruhigte eine Infratest-

Umfrage die Öffentlichkeit, nach der 51 Prozent nicht zufrieden sind „mit der Art und Weise, wie die Demokratie in der Bundesrepublik funktioniert.“

Wie funktioniert sie denn, hatte vor Jahren der Politologe Werner Patzelt schon einmal akribisch zurückgefragt; sein Fazit (*DIE ZEIT* 9/2001) ist überschrieben mit dem Satz „Verdrossen sind die Ahnungslosen“. Was er in seiner Befragung über Gewaltenteilung und Föderalismus, Bundestag und Bundesrat, Fraktionen, Regierung und Opposition zu hören bekam, ist so erschütternd wie die vorschnelle Medienzuspitzung, die Mehrheit der Deutschen sei gegen die Demokratie. Beispiel: „Während der Opposition in Wirklichkeit keineswegs die Pflicht zukommt, der gegnerischen Regierung bei der Arbeit zu helfen, meinen das seit Jahrzehnten zwei Drittel der Deutschen. Hingegen hält nur jeder zweite die – völlig systemkonforme – öffentliche Kritik an der Regierungspolitik für eine Aufgabe der Opposition.“

Nach einer Studie der Uni Leipzig im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung mit 5000 Befragten bundesweit sind antidemokratische und antipluralistische Haltungen in Deutschland weit verbreitet. Dem Satz „Was Deutschland jetzt braucht, ist eine einzige starke Partei, die die Volksgemeinschaft insgesamt verkörpert.“ stimmen 26 Prozent, das heißt jeder vierte Erwachsene zu. „Wir sollten einen Führer haben, der Deutschland zum Wohle aller mit starker Hand regiert.“ Dazu sagen 15 Prozent unserer Mitbürger: jawohl! Und: „Auch heute noch ist der Einfluss der Juden zu groß.“ Das meinen 18 Prozent.

Diese Einstellungen aus dem Jahr 2006 erinnern an die berühmte Sinus-Studie von 1981. Deren zusammenfassender Befund lautete: „13 Prozent aller Wähler in der Bundesrepublik verfügen über ein abgeschlossenes rechtsextremes Weltbild.“ Den Satz „Wir sollten wieder eine einzige starke Partei haben, die wirklich die Interessen aller Schichten unseres Volkes vertritt.“ fanden damals völlig richtig: 11 Prozent, teilweise richtig: 17 Prozent. Und zu der Aussage „Gäbe es bei uns wieder Arbeitslager, kämen Zucht und Ordnung von allein.“ meinten 8 Prozent: völlig richtig; teilweise richtig: 20 Prozent.

Das sind keine guten Zahlen nach mehr als einer (1981) beziehungsweise zwei (2006) Generationen Leben in der Demokratie des Grundgesetzes.

Wessen Aufgabe aber ist es, die politischen Grundlagen zu vermitteln, die Spielregeln zu erklären und Demokratie als Lebensform einzuüben? Tun das zuverlässig die Elternhäuser, die Schulen, die Medien? Motivieren sie zur demokratischen Teilhabe? Wenn wir ehrlich sind, nach 58 Jahren Bundesrepublik (West) und 17 Jahren Osterfahrung mit der Republik des Grundgesetzes, dann gibt es bis heute keinen systematischen Weg zur demokratischen Bildung, trotz staatsbürgerlich bildender Landeszentralen und Hunderten von Lehrplänen, die für Gymnasien, Real-, Haupt-, Gesamt- und Berufsschulen, für die 9., 10., 11. und 12. Klassenstufen in 16 Bundesländern etwas zum Politikverständnis beizutragen versuchen. Das klingt viel, bewirkt aber – siehe oben – wenig.

Demokratie vererbt sich nicht. Sie muss von jeder Generation neu gewonnen werden. Deshalb brauchen wir eine Institution, die sich dieser Aufgabe zentral annimmt, eine Art positiven Verfassungsschutz: ein Zentrum oder Institut für die Didaktik der Demokratie. Hier könnten Methoden und Grundsätze für die Vermittlung des demokratischen Grundwissens in Schulen, Kindergärten und Medien wissenschaftlich erarbeitet und weitergegeben werden. Ansetzen müsste

diese Didaktik wohl bei den populären Vorurteilen, den Stereotypen und Klischees, die gegenwärtig im Umlauf sind. Für andere Disziplinen gibt es solche Einrichtungen schon in unserem ordentlichen, reichen Exportweltmeisterland, z.B. ein spezielles Leibnitz-Institut für die Pädagogik der Naturwissenschaften mit 140 Mitarbeitern.

Selbst wenn die Bürger, die heute dazu gewählt sind, als „Politiker“ die demokratischen Institutionen auszufüllen, alle nichts taugen sollten – sie könnten doch nur durch andere Bürger ersetzt werden, die sich *in* den Parteien, *mit* ihren Parteien oder auch mit neugegründeten Parteien zur Wahl stellen. Von Plato ist der Satz überliefert, dass diejenigen, die zu klug sind, sich in der Politik zu engagieren, dadurch bestraft werden, dass sie von Leuten regiert werden, die dümmer sind als sie selbst. Wer kann das wollen?